

Das geht nur ganz anders!

Es gibt eine Alternative

Der DGB plant in diesem Herbst eine Kampagne gegen die Gesetzesvorhaben der Bundesregierung. Schwerpunkt wird ein Aktionstag mit Demonstrationen in fünf deutschen Großstädten. Sein Motto: «Das geht besser. Aber nicht von allein.»

Sie finden das Motto unmöglich? Wir auch. Das liegt daran, dass es auch mit der IG Bergbau und Chemie (IG BCE) abgestimmt wurde, die jedoch Straßenprotest gegen die Regierungspolitik grundsätzlich für falsch hält und lieber «mit der Regierung redet» (auch wenn die gar nicht zuhört). Die IG BCE war schon dafür verantwortlich, dass der DGB nach der Demonstration am 3. April 2004 die weiteren Proteste gegen die Hartz-Gesetze abgebrochen und die Montagsdemonstrationen allein im Regen hat stehen lassen. Damals drohte der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt gar, den DGB zu verlassen, sollte die Regierung über die Gewerkschaftsproteste stürzen. Reisende soll man nicht aufhalten. Die Regierung musste auch ohne Gewerkschaftsproteste vorzeitig einpacken – eigentlich hätte Schmoldt seine Worte damals wahr machen müssen.

Wir finden – und viele Menschen, die sich gegen die Zumutungen der Regierungspolitik wehren, finden das auch: **Das geht nur ganz anders!** Mit Korrekturen an den Gesetzesvorhaben ist es nicht getan. Wir müssen eine andere Entwicklungsrichtung einschlagen. Und wir müssen dafür eine außerparlamentarische Opposition aufbauen – auf der Straße, in Büros und Betrieben, in Stadtteilen, Universitäten und Schulen. Eine andere Sprache verstehen die Regierenden nicht mehr.

Es muss eine Kampagne werden, die diesen Namen verdient.

Arbeitszeit

Was ist das Problem, das die Bevölkerung vor allen anderen plagt? Die Massenarbeitslosigkeit. Dar-

auf gibt der DGB keine Antwort. In seinen Forderungen «für eine Politik der sozialen Erneuerung» kommt der Begriff «Beseitigung der Arbeitslosigkeit» nicht mal vor, auch Hartz IV oder ALG II nicht. Da heißt es bescheiden: «mehr Arbeit für Jung und Alt». Was für eine Arbeit? 1-Euro-Jobs? Minijobs? Niedriglohnjobs?

Wenn der DGB die Ausweitung des Niedriglohnssektors für die falsche Antwort auf die Arbeitslosigkeit hält, was ist dann die richtige? Seit Jahren werfen die Gewerkschaften die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht mehr auf. Allein die Diskussion darüber ist bei ihnen tabu. Selbst in Unternehmen, die hochprofitabel sind und trotzdem massiv Stellenabbau betreiben, wird die Frage nicht gestellt.

Unternehmer und Regierungen versuchen mit allen Mitteln, Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen: tariflich, im öffentlichen Dienst und gesetzlich, bei der Rente. Darauf reagiert der DGB nur abwehrend, setzt dem keine eigene gesellschaftspolitische Zielsetzung entgegen. Dabei liegt die Antwort auf der Hand: Wenn durch unsere Arbeit die Produktivität so stark steigt, dass Arbeitskräfte freigesetzt werden, dann muss die Arbeitsbelastung für die Einzelnen so lange gesenkt werden, bis alle Arbeit haben. Es belastet nicht nur den Geldbeutel, es ist auch ein volkswirtschaftlicher Irrsinn, dass die abhängig Beschäftigten seit Jahren nicht mehr am Produktivitätszuwachs beteiligt werden. Arbeitszeitverkürzung wäre eine Form davon.

Die Regierung schreit: Rente mit 67! Wir halten dem entgegen: Umverteilung der Arbeit bis alle Arbeit haben. Als erster Schritt: die 35-Stunden-Woche für alle.

Vollbeschäftigung ist möglich und ist keine Frage von Wachstum, sondern eine Frage der Verteilung der vorhandenen und der gesellschaftlich sinnvollen Arbeit. Nicht zufällig ist ein Hauptargument der Wirtschaftsliberalen gegen die Ge-



Foto: Albrecht Triller

werkschaften, jeder sei selber dafür verantwortlich ist, ob er Arbeit hat. Die abhängig Beschäftigten sind aber keine Arbeitsplatzbesitzer, sondern nur Arbeitskraftverkäufer. Sie entscheiden nicht über Entlassungen, sie können sich dagegen nur zuwehren. Die sinnvolle Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist eine gesellschaftliche Aufgabe – die Politik ist in der Verantwortung, und die Gewerkschaften müssen dies einklagen.

Mindestlohn

Wenn sich die Gewerkschaften heute noch als Gegenmacht verstehen, statt sich dem Wohl des Standorts verpflichtet zu sehen, hätten sie es einfacher, der Politik der Regierung einen eigenen offensiven Forderungskatalog entgegenzustellen.

Das gilt auch für die Mindest-

lohnforderung. 7,50 Euro sind als *Mindestlohn* nicht ausreichend, weil nämlich nicht armutsfest. Der Bruttolohn von 1250 Euro, der daraus folgt, liegt unterhalb dessen, was die EU als Armutslohn definiert (50% vom monatlichen Durchschnittslohn = 1442 Euro). Unter vergleichbaren EU-Ländern liegen wir damit mal wieder am unteren Rand. Den Überlegungen Münteferings und der SPD, den gesetzlichen Mindestlohn auf die lange Bank zu schieben und dann, wenn er gar nicht mehr vermeidbar ist, 6 Euro anzupeilen, muss der entschiedene Protest entgegengesetzt werden.

Ein Mindestlohn, der den Namen verdient, wird sich jedoch nicht durchsetzen lassen, wenn man zugleich das ALG II in der bisherigen Höhe, verbunden mit Arbeitszwang und Verlust des Qualifikationsschutzes hinnimmt – die durchschnittliche Lohnhöhe und die Höhe des ALG II hängen nun mal zusammen. Und keins von beiden kann auf einem vernünftigen Niveau gehalten werden, solange 8 Millionen Menschen auf Arbeitsuche sind. Mindestens 500

Euro Regelsatz (zuzüglich Miete und Heizkosten) sind die richtige Antwort auf Bestrebungen in der Bundesregierung, ALG II weiter zu senken und in die alleinige Obhut der Kommunen zu geben.

Regelsatzerhöhung, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung gehören zusammen. Nur im Paket wird ein Schuh daraus – entsteht so etwas wie ein alternatives Leitbild, für das man die Opfer der Agenda 2010 und der Standortkonkurrenz begeistern und mobilisieren könnte.

Der 21. Oktober macht Sinn, wenn er der Öffentlichkeit signalisiert: Wir bellen nicht nur, wir beißen auch. Dazu brauchen wir vor Ort und bundesweit ein starkes gesellschaftliches Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, sozialen Organisationen und Bewegungen für eine lange Kette außerparlamentarischer, betrieblicher und überbetrieblicher Aktionen. Damit können wir das gesellschaftliche Kräfteverhältnis verändern und einer breiteren Öffentlichkeit den Glauben zurückgeben, dass es eine Alternative gibt. ★

Kundgebungen des DGB am 21.10.

Berlin: 11 Uhr Demo ab Rotes Rathaus (organisiert vom Berliner Sozialforum in Absprache mit dem DGB Berlin). Kundgebung ab 13 Uhr, Brandenburger Tor, mit Frank Bsirske (Ver.di) und Annelie Buntenschubert (DGB).

Dortmund: 11.30 Uhr Demozüge. Kundgebung ab 13 Uhr, Südwahl, mit Jürgen Peters (IG Metall).

Frankfurt am Main: 11.30 Uhr Demos ab Messegelände und Südbahnhof, 12 Uhr ab Opernplatz. Kundgebung ab 13 Uhr, Römerberg, mit Klaus Wiese (IG BAU) und Ulrich Thöne (GEW).

Stuttgart: 11.45 Uhr Demozüge ab Marienplatz bzw. Raum Nordbahnhof. Kundgebung ab 13 Uhr mit Michael Sommer (DGB).

München: 12 Uhr Demo ab Gewerkschaftshaus, Schwanthaler Straße. Kundgebung ab 13 Uhr, Marienplatz, mit Franz-Josef Möllenberg (NGG).

Aktuelle Informationen unter www.protest2006.de/infos/allgemein/ablaufplanung_des_dgb_aktionstag.html

„Das geht besser.“

Aber nicht von allein! DGB

UNSERE AGENDA HEISST 3010:

■ 30-Stunden-Woche

■ 10 Euro Mindestlohn

■ 500 Euro Regelsatz

Ihr seid G8 – wir 8 Milliarden

Rostock, 2.–8. Juni 2007: Die G8 delegitimieren

Vor sieben Jahren, im Mai/Juni 1999, war die Stadt Köln Gastgeberin des EU-Gipfels und zwei Wochen später des G8-Gipfels. Die Regierung Schröder konnte sich damals in großzügigen Initiativen mit vollmundigen Versprechungen: die ärmsten Länder sollten entschuldet werden (HIPC-Initiative) und in Europa sollten Arbeitsplätze durch Billigjobs und erschwerten Zugang zu Sozialleistungen entstehen (Lissabon-Strategie).

In Europa hat die Zahl der Erwerbslosen tatsächlich abgenommen (am wenigsten in Deutschland). Die Zunahme von Erwerbsarbeitsplätzen seither verdankt sich jedoch fast ausschließlich prekärer Beschäftigung: befristete und schlecht bezahlte Teilzeitjobs. Waren die Lohnabhängigen früher gespalten in relativ abgesicherte Erwerbslose auf der einen und Beschäftigte in «Normalarbeitsverhältnissen» auf der anderen Seite, so löst sich diese Spaltung seit einigen Jahren zugunsten eines Flickenteppichs ungeschützter Be-

schäftigung in allen Bereichen zu den unterschiedlichsten Bedingungen auf.

Die neuen Arbeitsverhältnisse eint oft nur eins: Man ist arm trotz Arbeit. Der Anteil der Menschen, der in der EU unterhalb der Armutsgrenze lebt, nimmt stetig zu – obwohl die Gewinne der Unternehmen explodieren und das Brutto sozialprodukt stetig steigt.

Die Dritte Welt kommt zu uns: Heute gibt es in Deutschland Betriebe, in denen gewerkschaftliche Betätigung oder die Bildung eines Betriebsrats verboten wird; sog. illegale und Flüchtlinge werden gejagt und pauschal als «Terroristen» kriminalisiert, während Millionen von ihnen zugleich bisweilen unter sklavenähnlichen Bedingungen hier schufteten dürfen; immer mehr Löhne liegen unterhalb der Armutsgrenze, die öffentlichen Kassen werden geplündert, das Recht auf Existenzsicherheit schlicht und ergreifend negiert; der Rückzug des Staates aus dem öffentlichen Dienst führt zu Zuständen regelrechter Verwahrlo-

sung – ob an Schulen oder in Krankenhäusern...

Die Regierung Merkel, die als Gastgeberin für den G8-Gipfel in 2007 fungiert, während Deutschland zugleich den Vorsitz in der EU führt, hat das Thema Armut gar nicht mehr auf der Agenda. Sie will den G8-Gipfel nutzen, um das internationale System «effektiver» zu gestalten, also Maßnahmen beschließen, die verhindern, dass die Weltgemeinschaft in verschiedene Blöcke auseinanderfällt. Auf EU-Ebene will sie vor allem die Verfassung wieder anstoßen und Wege finden, sie doch noch durchzusetzen, obwohl die Bevölkerungen in Frankreich und in den Niederlanden sie abgelehnt haben und Umfragen ergeben, dass auch in anderen EU-Ländern eine Mehrheit dagegen ist.

Dagegen hat eine breite Mobilisierung begonnen. Ihr Hauptanliegen ist es, den Staats- und Regierungschefs der großen Industrienationen, die sich wohl bewacht und für normale Sterbliche unzugänglich im abgeriegelten Seebad

Heiligendamm treffen werden, das Recht abzusprechen, dass sie ihre Wirtschaftsordnung und «neue Weltordnung» weiter der Welt aufzwingen – den Bevölkerungen ihrer eigenen Länder ebenso wie den Ländern des Südens.

Diese Bewegung fordert weiterhin hartnäckig die Streichung aller Schulden der Dritten Welt, und es gibt eine Kampagne für die Abwicklung oder Entmachtung des IWF.

Die Delegitimierung der G8 ist Ziel der globalisierungskritischen Bewegung seit ihrem spektakulären Auftakt in Seattle 1999. Die Krise, in die globale Institutionen wie die WTO und der IWF geraten sind, geben ihr Recht – ebenso die Rebellion der Völker Lateinamerikas gegen die panamerikanische Freihandelszone ALCA, Gegenentwürfe wie die bolivarianische Allianz für Lateinamerika (ALBA), oder die Charta der Grundsätze für ein anderes Europa...

Es ist Zeit für Alternativen. Sie können nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen allein definiert werden – wir brauchen ein neues Projekt für das Zusammenleben der Völker, das diese als politische Subjekte definiert und von ihnen getragen wird.

Die Mobilisierung zum G8-Gipfel 2007 wird deshalb eine internationale und europäische sein. Sie wird in Deutschland von einem breiten Bündnis getragen, das von

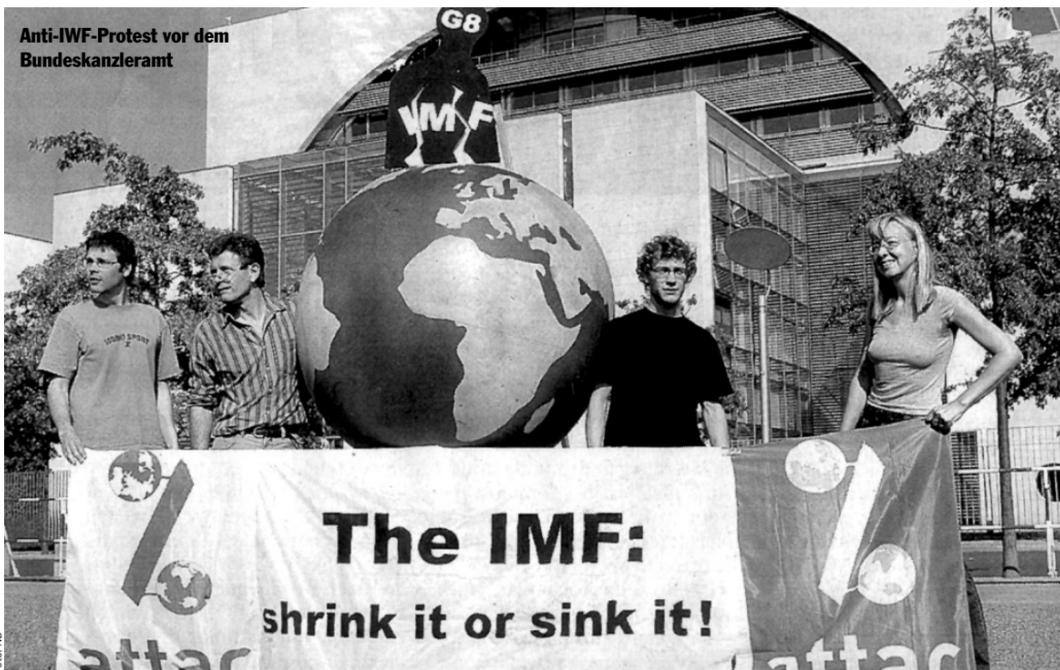
Nichtregierungsorganisationen über Kirchen, Gewerkschaften bis hin zu sozialen Bewegungen und antirassistischen und autonomen Gruppen reicht. Was es eint, ist der Protest gegen die Anmaßung der G8, Weltregierung zu sein. Schon jetzt zeichnet sich eine sehr breite internationale Beteiligung an der Mobilisierung ab – u. a. wollen aus Dänemark 1000 Leute per Schiff nach Rostock kommen.

Zwischen dem 2. und dem 8. Juni 2007 soll es in Rostock unter dem Dach dieses Bündnisses einen Alternativgipfel, eine Großdemonstration und einen oder mehrere große Kulturveranstaltungen geben. Daneben wird es eine Vielzahl anderer Aktionen unterschiedlicher Gruppen geben.

In der Region werden die Proteste von einem lokalen Bündnis getragen, an dem u. a. die Evangelischen Kirchen von Mecklenburg und Pommern, der DGB Region Nord sowie die LPDS beteiligt sind. Die DGB-Jugend hat bundesweite Unterstützung beschlossen. Es wird nach bisheriger Voraussicht die größte Mobilisierung in Deutschland im kommenden Jahr.

10.–12. November, Rostock

Internationale Aktionskonferenz zum G8-Gipfel 2007
Ab Freitag 19 Uhr, Uni Rostock
Infos: www.heiligendamm2007.de



EU-Verfassung

Ein Gespenst wird wiederbelebt

Im ersten Halbjahr 2007 übernimmt die Bundesregierung den Vorsitz in der EU. Schon im Koalitionsvertrag hat sie angekündigt, dann auch die EU-Verfassung neu beleben zu wollen. Mag sein, dass sie dann nicht mehr «Verfassung», sondern «Grundlagenvertrag» heißt – so lautet etwa der Vorschlag von Außenminister Steinmeier. Oder dass dem Text eine «Sozialerklärung» vorangestellt wird – rechtlich natürlich nicht bindend, wie Angela Merkel versichert hat.

Wie auch immer, es wird sich um alten Wein in neuen Schläuchen handeln. Die neoliberale Orientierung wird weiter Bestand haben, ebenso das Bestreben, die EU zu einer Militärmacht auszubauen.

Die Bevölkerungen in Frankreich und den Niederlanden gehörten zu den wenigen in der EU, die sich überhaupt zur europäischen Verfassung äußern durften. Seit ihrem Nein sind alle anderen Volksbefragungen – etwa in Großbritannien, Polen, Dänemark und Irland – auf Eis gelegt.

Das französische und niederländische Nein war ein wichtiger

Etappensieg. Besonders in Frankreich war das Nein Ausdruck der Stärke der sozialen Bewegungen und der Linken. Die Eliten waren paralysiert, die EU in einer Krise – vorübergehend. Nun arbeiten ihre Institutionen eifrig daran, bis spätestens zu den nächsten Europawahlen 2009 den Vertrag bzw. seine Inhalte unter Dach und Fach zu bringen.

Aus der Nein-Kampagne in Frankreich ist eine Bewegung entstanden, die bis heute vorhält. Sie eint alle gesellschaftlichen Kräfte, die den Neoliberalismus ablehnen, und sucht zur Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2007 einen gemeinsamen Kandidaten. Sollte ein linker Kandidat die Wahlen gewinnen, so hofft etwa Jean-Luc Mélenchon von der linken Oppositionsfraktion in der Sozialistischen Partei, könnte der EU-Verfassungsvertrag unter französischer Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 neu verhandelt werden.

Voraussetzung dafür wäre, dass soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Migrantenorganisatio-

nen, Bauernverbände, Frauen-, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen und linke Parteien einen alternativen Verfahrensvorschlag entwickeln – etwa die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung.

Ein Anfang ist bereits gemacht: Inzwischen liegt ein Entwurf für eine «Charta der gemeinsamen Grundsätze für ein anderes Europa» vor. Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Bewegungen und Organisationen aus vielen europäischen Ländern haben sie erstmals im Mai 2006 auf dem 4. Europäischen Sozialforum in Athen einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. An diesem Entwurf wird weiter gearbeitet (www.sfid.info).

Die Charta könnte die Grundlage bilden für eine Alternative zur neoliberalen und militaristischen EU-Politik.

Auch in Deutschland sind die sozialen Bewegungen und politischen Kräfte gefragt, diese Alternative mitzugestalten. ★

Mai–Juni 2007

Märsche gegen Armut und Existenzunsicherheit



quer durch Europa nach Rostock

Die G8 sind überall. Unser Widerstand gegen ihre Weltordnung beschränkt sich nicht auf die Mobilisierung nach Rostock im Juni 2007. Jeder Kampf gegen Privatisierung, für die Legalisierung von Migrantinnen und Migranten, gegen Entlassungen und Lohndumping ist ein Kampf gegen die G8. Unsere Aufgabe ist es, diesen Widerstand zu verstetigen und international und europaweit zu vernetzen.

Deshalb wird es im Mai 2007 aus allen Ecken Europas Märsche gegen Armut und Existenzunsicherheit geben, für gleiche soziale Rechte für alle überall. Zwei große Trecks werden nach Rostock führen:

- einer vom Südwesten Europas, beginnend in Nordafrika über Spanien, Frankreich, Belgien, Köln, Ruhrgebiet, Bremen und Hamburg;
- einer vom Südosten Europas, beginnend in der Türkei über Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Sachsen, Berlin.

Je näher sie an Rostock herankommen, desto mehr Teilmärsche fließen aus verschiedenen Himmelsrichtungen zusammen.

Die Märsche fordern gleiche soziale Rechte für alle überall:

- das Recht auf Niederlassung,
- das Recht auf soziale Absicherung gegen Alter, Krankheit, und Erwerbslosigkeit nicht unterhalb der Armutsgrenze – europaweit,
- das Recht auf einen europaweiten gesetzlichen Mindestlohn deutlich oberhalb der Armutsgrenze,
- eine europäische Richtlinie zur Höchst Arbeitszeit: maximal 40 Stunden pro Woche,
- die Bolkesteinrichtlinie muss fallen, der öffentliche Dienst überall ausgebaut werden,
- die europaweite Harmonisierung der Steuern und effektive Besteuerung der Großkonzerne, zur wirtschaftlichen und sozialen Förderung der armen Regionen Europas.

Unser Ziel ist die Angleichung der Lebensverhältnisse nach oben. Dafür wollen wir mit dem Märschen ein europaweites Netzwerk gegen Armut und Existenzunsicherheit schaffen.

Für nähere Informationen: raff.h.berger@t-online.de oder angela.klein@gmx.de

Die Partei, die wir brauchen

Nicht nur eine Wahlalternative

Die Landtagswahlen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern belegen: der Verfall der regierenden Parteien setzt sich fort.

Die Union ist in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern im freien Fall, in Brandenburg mit offener Schlammschlacht beschäftigt. Die SPD landet in einigen Umfragen bundesweit bei 28% und hat in wenigen Jahren fast eine halbe Million Mitglieder verloren. Dennoch verkündet ihr Spitzenkandidat in Berlin, Klaus Wowereit, nach der Wahl unverdrossen: «Im Landeshaushalt ist mit weiteren harten Einsparungen zu rechnen.» Dafür hat seine Partei fast 60000 Stimmen verloren. Die Sozialdemokratie verspielt als Tanzbär des Kapitals und der Unionsparteien ihre traditionelle Basis, und eine andere ist für sie nicht in Sicht.

Desto erschreckender ist vor diesem Hintergrund der wahlpolitische Niedergang der Linkspartei.PDS (LPDS). In Mecklenburg-Vorpommern sind ihre Verluste (-26000) noch mäßig ausgefallen, in Berlin aber gab es einen Erdbebenrutsch – dort hat sie die Hälfte ihrer Wählerschaft verloren, vor allem im Osten. Vor vier Jahren verbanden nicht nur abhängig Beschäftigte, auch Erwerbslose und kleine Selbstständige, die vom Hauptstadtfilz der CDU die Nase voll hatten, mit Rot-Rot die Möglichkeit eines neuen Aufbruchs. Davon ist nichts geblieben als der traurige Wahlspruch: «Sparen bis es quietscht.»

Nun, es hat gequitscht. Die LPDS ist ihre Hegemonie über die Wählerinnen und Wähler im Osten los. Ihr neoliberaler Flügel um den Wirtschaftssenator Harald Wolf und die junge Riege der Karrieristen trat in der Hauptstadt als

Speerspitze der Privatisierung und der Bedienung von Kapitalanlegern und als Kampfbataillon gegen die abhängig Beschäftigten auf.

«Unter den gegebenen Umständen», hat ihr Spitzenkandidat Harald Wolf gesagt, «kann man an der Regierung nichts anderes machen. Es gibt keine Alternative.» Warum geht die LPDS dann in die Regierung, wenn sie nichts verändern kann? Ist es da ein Wunder, dass die Partei der Nichtwähler mit 42% in Berlin einsame Spitze ist? Hierin drückt sich auch die Krise der Linken aus. Ihr ist es bislang nicht gelungen, diese Menschen zu überzeugen, dass sie es besser kann.

Die WASG Berlin, errang mit 55000 Euro und gegen den Willen der Bundespartei aus dem Stand 40000 Zweitstimmen und 52000 Erststimmen und eroberte Mandate in 7 von 12 Bezirksparlamenten. Aber sie konnte nur 17000 Stimmen von der LPDS auf sich ziehen, während 70000 Wähler dieser Partei zu den Nichtwählern gingen.

Jetzt kommt es darauf an, aus einigen zehntausend Wählerinnen und Wählern ein paar tausend neue Aktive zu machen, die in den Bezirken und Kiezen das Bild von einer anderen Partei vermitteln – einer Partei, die soziale Bewegungen und Selbsthilfegruppen in ihrer Eigeninitiative unterstützt, die dafür arbeitet, dass der soziale Widerstand gegen die Privatisierung der Sparkasse und der BVG wächst und sich koordiniert, dass außerparlamentarischer Widerstand dem neuen Senat Steine in den Weg legt und dass durch solche Aktionen in der Zivilgesellschaft Konzepte für solidarische Lösungen verankert werden.

Wir brauchen eine neue Linke, keinen Aufguss der alten. Es reicht nicht, ein paar Mandate zu er-



Foto: Uwe Bitzel

obern. Die Parteiform selbst muss von Grund auf erneuert werden. Das Konzept der Stellvertreterpartei, die letztlich in einem Haufen von Parteibeamten mündet, denen das Wahlvolk zuhören, applaudieren und spenden darf, hat sich endgültig überlebt.

Deshalb kann die Fusion von LPDS und WASG auch nicht im Anschluss von ein paar tausend WASG-Mitgliedern an die LPDS bestehen. Es muss eine gemeinsame neue Partei auf neuen Grundlagen entstehen, die aus dem Wahldebakel der LPDS die richtigen

Lehren zieht. Der Berliner Landesvorstand der LPDS muss seine Verantwortung wahrnehmen und zurücktreten. Das Personal, das den Kurs der Regierungslinien mitgetragen hat, darf im Fusionsprozess nicht den Ton angeben. Mit der Orientierung aufs Mitregieren muss gebrochen werden.

Nur eine glaubwürdige Alternative auf der Linken kann verhindern, dass Rechtsextremisten und Neonazis weiter Zulauf von jungen Menschen bekommen.

Koordination der internationalen sozialistischen linken (isl)

Bedingungsloses Grundeinkommen

Dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass

Dreißig Jahre Massenarbeitslosigkeit und die vollständige Unfähigkeit der Politik in all ihren Schattierungen, sie auch nur nennenswert abzubauen, haben zu einer weit verbreiteten Resignation geführt.

Je mehr eine Allparteienkoalition das Wirtschaftswachstum als Allheilmittel zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung beschwört, desto mehr Glaubwürdigkeit erlangt die entgegengesetzte Behauptung: Vollbeschäftigung wird es nicht mehr geben. Interessanterweise kommt diese Behauptung aus demselben liberalen Lager wie die andere.

In dieser Form ist die Behauptung falsch. Richtig ist, dass derzeit keine politische Kraft in Sicht ist, der zuzutrauen wäre, dass die Massenarbeitslosigkeit überwunden und abgeschafft wird. Falsch ist, dass so etwas nicht möglich wäre. Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsumverteilung, die gesellschaftliche Anerkennung und damit auch tarifliche Bezahlung von Dienstleistungen, die heute ehrenamtlich geleistet werden, dabei aber doch eine Qualifikation voraussetzen – für Kinder, Alte, im Bereich der Bildung, der Kultur, des Sports usw. – und die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für diesen Bereich wären Maßnahmen, die unmittelbar für Millionen

Menschen eine neue Beschäftigungsperspektive eröffnen könnten.

Das setzt allerdings voraus, dass in einer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft wie der unseren die Verteilung der Arbeit als ein Problem betrachtet wird, das gesellschaftlich gelöst werden muss und nicht allein der Einzelinitiative überlassen werden kann. Die überwiegende Mehrzahl der Einzelnen, nämlich die Lohnabhängigen, sind weder für den Job, den sie finden, noch für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich. Mittellos wie sie sind, können sie sich auch keine Arbeitsplätze backen. Dazu fehlt ihnen in den meisten Fällen das Kapital bzw. die Verfügungsgewalt über Steuermittel. Sie sind aber die Produzenten und überdies mit der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer die größten Steuerzahler. Sie können also das Recht für sich beanspruchen, dass die Entscheidung darüber, in welche gesellschaftlichen Bereiche wieviel Arbeit investiert wird, unter ihrer Mitwirkung, also gesellschaftlich getroffen wird und nicht von den Aktienbesitzern.

Vor dieser Debatte drücken sich alle – die Verfechter der neoliberalen Dogmen halten das für Kommunismus, die Gewerkschaften haben die Segel gestrichen, und viele Erwerbslose rebellieren ent-

nervt gegen die Schikanen einer Arbeitsverwaltung, die keine Jobs anzubieten hat und nur Vorwände sucht, den Betroffenen die Leistung zu streichen.

Das Märchen, der Industriegesellschaft gehe die Arbeit aus, schießt unter diesen Bedingungen ins Kraut und Irrlichter locken mit einem betörenden Ruf: Gibst du mir schon keine Arbeit, dann gib mir wenigstens Geld. Dass davon vieles, allzu vieles herumliegt, ist sonnenklar. Es wäre genug für alle da – es müsste nur anders verteilt werden.

Hätten wir nicht viele Fliegen mit einer Klappe geschlagen, wenn dieses Geld wie ein lauwarmes Regen auf alle verteilt würde, sodass alle von Geburt an über einen Geldbetrag verfügten, mit dem sie ihre Grundbedürfnisse decken können? Es würde Binnennachfrage geschaffen, man müsste nicht mehr jede Drecksarbeit annehmen, einer Erwerbsarbeit könnte man nach Lust und Laune nachgehen, Kreativpotenziale würden freigesetzt – die Sonne ohn' Unterlass.

Die Sache hat nur einen Haken: Dieselben, die uns keine Arbeit geben wollen oder können, wollen uns natürlich auch kein Geld geben. Schließlich sollen wir möglichst umsonst arbeiten und nicht Geld fürs Nichtstun kriegen. Die

Frage, wie die private Verfügungsgewalt über das Kapital gebrochen werden kann, beantwortet das bedingungslose Grundeinkommen nicht, sie weicht ihr nur aus.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass es auch im Unternehmerlager vereinzelt Stimmen gibt, die das bedingungslose Grundeinkommen (scheinbar) befürworten. Diesen geht es dabei nicht um die Beseitigung von Armut und Arbeitszwang, sondern um die Beseitigung der Reste des Sozialversicherungssystems, sämtlicher Unternehmenssteuern und die verallgemeinerte Einführung von Kombilöhnen. In der Regel kommt bei ihren Berechnungen ein Betrag heraus, von dem man nicht leben kann.

Das sind schlechte Bündnispartner für Erwerbslose. Wir sollten bei der Forderung bleiben:

■ Mindestsicherung für alle Menschen ohne eigenes Einkommen nicht unter der Pfändungsgrenze (990 Euro).

■ Auflösung aller Ehrenämter, 1-Euro-Jobs und Minijobs zugunsten sozialversicherter, tariflich abgesicherter Arbeit.

■ Umverteilung und Neuverteilung der Arbeit unter besonderer Berücksichtigung der personalen Dienstleistungen und einer radikalen Arbeitszeitverkürzung. ★

isl
internationale sozialistische linke

Was wir wollen

★ Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.

★ Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.

★ Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.

Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.

★ Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.

Bedingungen für einen Frieden im Nahen Osten

Keine Einmischung der Großmächte

Interview mit **Gilbert Achcar**



GILBERT ACHCAR

■ Unter welchen Bedingungen kann es einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben?

Die erste Bedingung wäre, die Hauptquelle der Instabilität im Nahen Osten trocken zu legen – die militärische und politische Einmischung der Großmächte. Das gilt in erster Linie für die USA, die dort heute 200 000 Soldaten stationiert haben, die Mehrheit davon im Irak, in Afghanistan, aber auch in mehreren Emiraten am Golf. Im Irak und in Afghanistan sind sie kriegsführende Partei gegen einen Teil der örtlichen Bevölkerung – dadurch ist die Gewalttätigkeit in der Region enorm gestiegen. Die Bevölkerungen vor Ort müssen die Möglichkeit haben, ihre Probleme selber zu lösen. Wenn sie eine ausländische Präsenz auf ihrem Territorium wünschen, müssen sie entscheiden können, wie diese aussehen soll. Ausländische Kräfte dürfen keine Besatzer sein.

Die militärische Einmischung ist Begleitmusik zu einer massiven politischen Einmischung – das gilt für die EU wie für die USA. Die USA unterstützen in der Region in erster Linie ausgeprägt despotische Regime – im Gegensatz zu ihrem heuchlerischen Diskurs über die demokratischen Werte. Saudi-Arabien ist der reaktionärste Staat der Welt, hier herrscht der schwärzeste religiöse Fundamentalismus, die demokratischen Rechte werden am stärksten unterdrückt, vor allem die Frauenrechte. Die USA unterstützen aber auch den ägyptischen Diktator Mubarak, das Königshaus in Jordanien und in Marokko, das Polizeiregime in Tunesien. All diese Regime genießen die Unterstützung des Westens – das schafft gewaltige Spannungen.

■ Andere sagen, der israelisch-palästinensische Konflikt ist die Hauptquelle...

Die Beilegung dieses Konflikts ist die zweite Bedingung für Frieden. Auch hierin mischen sich die Großmächte militärisch, ökonomisch und politisch ein. Die USA sind Israels größter Waffenlieferant. Israel erhält weitaus die meis-

te ausländische Waffenhilfe von allen Staaten der Region. Israel kann seine Kriege nur dank dieser Waffenhilfe führen und sein hochgradig militarisiertes Gemeinwesen nur deswegen aufrechterhalten. Im Libanonkrieg haben die USA eine Luftbrücke errichtet, um Israel mit Raketen und anderen Waffen zu versorgen; sie haben ihm damit geholfen, den Libanon zu zerstören.

USA und EU sind mitverantwortlich für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer Kriegsmaschinerie im Nahen Osten. Sie rechtfertigen das mit der Sorge um die «Sicherheit» Israels. Aber Israel ist militärisch der weitaus mächtigste Staat im Nahen Osten und darüber hinaus der einzige, der im Besitz von Atomwaffen ist. Die Sicherheit der Bevölkerungen – Palästinenser oder Libanesen – hingegen spielt für sie keine Rolle.

Das erlaubt Israel aber, seine expansionistische Politik fortzusetzen, die viel von der Arroganz einer Kolonialmacht hat und sehr gewalttätig ist. Hierin liegt die zweite Hauptursache für den immer wieder neu produzierten Hass, die Gewalt und die Zunahme der Spannungen. Deswegen ist der Nahe Osten seit Jahrzehnten ein Pulverfass, der jüngste israelisch-arabische Krieg ist der sechste und es ist kein Ende der Gewalt abzusehen.

■ Was kann getan werden?

Wenn denn eine internationale Intervention notwendig sein sollte, könnte sie nur dann Frieden bringen, wenn wirtschaftlicher und politischer Druck in die Richtung ausgeübt wird, dass die Waffen schweigen. Auf Israel muss Druck ausgeübt werden, dass es einen wirklichen Verhandlungsfrieden sucht, also zu Zugeständnissen an die Palästinenser bereit ist: Sie müssen einen unabhängigen Staat errichten können, der diesen Namen verdient und kein Bantustan ist, die Souveränität der umliegenden Staaten darf nicht angetastet werden – in erster Linie die des Libanon, den Israel mehrfach überfallen hat.

Auf die anderen Staaten der Region muss politischer und wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden, dass sie mehr Demokratie zulassen. Das geht nicht auf die Art der USA, die erst despotische Regime unterstützen und dann mit Waffengewalt gegen sie vorgehen und Bürgerkriege anzetteln, wenn sie sie nicht mehr kontrollieren. Ein positives Gegenbeispiel könnte der Druck sein, den die EU auf die Türkei ausgeübt hat: der hat tatsächlich zu Schritten in Richtung mehr Demokratie geführt.

Eine Hauptbedingung für Sicherheit und Frieden in der Region ist die wirtschaftliche Sicherheit. Sicherheit ist nicht nur eine militärische Kategorie, es ist in erster Linie eine ökonomische Frage. Der Reichtum in diesem Teil der Welt muss gerechter verteilt werden, es darf nicht länger sein, dass eine Handvoll Herrscherfamilien sich aus der Ölrente märchenhafte Vermögen aneignet, während Dutzende, wo nicht Hunderte Millionen Menschen im Elend leben.

■ Bei uns gibt es die Befürchtung, dass ohne die Präsenz ausländischer Truppen die Existenz Israels bedroht wäre.

Westliche Truppen gibt es in der Region erst seit 1990, seit dem Golfkrieg II. Sie sind dort nicht hingegangen, um Israel zu schützen,

sondern um das Emirat Kuwait zu schützen – um des Öls willen. Das Öl ist das Hauptinteresse des Westens.

Man darf die Dinge auch nicht auf den Kopf stellen: Es ist der israelische Staat, der die Existenz der Bevölkerungen in der Region bedroht. Seit Gründung des Staates Israel sehen sich die Palästinenser einer anhaltenden Zerstörung ihres Territoriums und ihrer physischen Existenz ausgesetzt. Die Öffentlichkeit regt sich sehr über die abstoßenden Erklärungen Ahmadinejads auf, Israel müsse von der Landkarte verschwinden, aber dass das palästinensische Volk sehr real, nicht nur verbal verschwindet, darüber schweigt sie. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Auch im Libanon hat man gesehen, wie ungleich Gewalt auf bei-

den Seiten ausgeübt wird. Man stellt die Dinge auf den Kopf, wenn man Israel als die angegriffene Seite darstellt.

Wenn es eine Lehre aus der deutschen Geschichte gibt, dann die, dass die Völker gleich sind und gleiche Rechte haben, und nicht eins davon privilegiert ist – auch nicht deshalb, weil es früher einmal Opfer von Verfolgung und Völkermord war. Die zweite Lehre aber ist, dass man ein Reich nicht mehr auf einer Politik der Gewalt aufbauen kann. Das endet in der Katastrophe.

Zum Glück gibt es Menschen in Israel, die die richtigen Lehren aus der jüdischen Geschichte ziehen. ★

Gilbert Achcar ist Libanese, Dozent der Politischen Wissenschaft in Paris und lebt in Berlin.



Zerstörungen im Süden Beiruts nach einem israelischen Luftangriff



Nach dem Angriff der israelischen Luftwaffe auf das Dorf Qana

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
isl@die-welt-ist-keine-ware.de · www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

Berlin isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de Bielefeld isl-bielefeld@die-welt-ist-keine-ware.de Bremen isl-bremen@die-welt-ist-keine-ware.de Dortmund isl-dortmund@die-welt-ist-keine-ware.de Duisburg isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de Düsseldorf isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de Frankfurt am Main isl-frankfurt@die-welt-ist-keine-ware.de Hamburg isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de Hamm isl-hamm@die-welt-ist-keine-ware.de Köln isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de München isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de Oldenburg/O. isl-oldenburg@die-welt-ist-keine-ware.de Ruhrgebiet isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de Schwäbisch Hall isl-schwaebisch-hall@die-welt-ist-keine-ware.de Stuttgart isl-stuttgart@die-welt-ist-keine-ware.de



IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken/IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für WiederverteilerInnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@die-welt-ist-keine-ware.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-verlag.de